

Zeitschrift: Schweizerische Monatshefte für Politik und Kultur
Band: 8 (1928-1929)
Heft: 10

Artikel: Europa und Moskau
Autor: Vries, Axel de
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-156757>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 06.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

menschlichen Gesellschaft im einzelnen erreicht werden möge, es wird unter allen Umständen nur durch Förderung von Arbeitsfreude, Berufsstolz, Verantwortungsgefühl und Unternehmungslust des Einzelnen geschehen können. Keine Partei, keine Regierung und keine Staatsform wird es jemals ermöglichen können, bloß mit einer mechanischen Organisation der menschlichen Gesellschaft den Fortschritt und das Auskommen der einzelnen Glieder sicherzustellen. Nur die Pflicht und Freude zur Arbeit aller Menschen einerseits und die Unternehmungslust und der Wagemut einzelner Menschen andererseits wird den bestmöglichen Fortschritt erzielen. Für alle aber nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit und ihrer Arbeitsfreude einen möglichst gerechten Arbeitsentgelt zu schaffen und die Glieder des Volkes vor den Wechselfällen des Wirtschaftslebens bestmöglichst zu schützen, wird Aufgabe einer Partei bleiben, die sich in ihren Zielen auf dem Boden der Wirklichkeit und des Möglichen bewegt. Wenn unsere große freisinnige Partei sich auf diese Aufgabe besinnt, die Wege hiezu ebnet und auch die Mitarbeit der Berufsverbände zur Lösung des Problems ergreift, dann erfüllt sie eine Aufgabe, die für die Entwicklung unseres Landes und Volkes von unschätzbbarer Bedeutung werden wird. Den politischen Parteien selbst bleibt bei einer Entwicklung in dem von mir angedeuteten Sinne dann auch die Möglichkeit, sich in ihre großen und staatspolitisch wichtigen Aufgaben zu vertiefen. Über den Wirtschaftsgruppen stehend, die Richtungweisend und in ausgleichendem Sinne wirkend, werden sie auch bei der zunehmenden Bedeutung der Wirtschaftsfragen ihre Stellung als Träger und Führer der öffentlichen Meinung unseres Landes behalten.

Europa und Moskau.

Von Axel de Bries, Reval.

Elf Jahre sind es her, daß in Moskau auf dem Kremel die rote, mit Sichel und Hammer verzierte Fahne aufgepflanzt wurde, elf Jahre, daß Rußland das Versuchsfeld einer grandiosen Idee bildet. Seit elf Jahren bringt eine kleine Zahl von Menschen die Kraft und den Willen auf, allen Rückschlägen und Hindernissen zum Trotz beim Versuch der Durchführung der kommunistischen Wirtschafts- und Staatsform zu beharren.

Elf Jahre sind eine lange Zeit. Und trotzdem ist die Kenntnis der sowjetrussischen Verhältnisse in Europa eigentlich noch immer gering. Der durchschnittliche Europäer steht ihnen ziemlich hilflos gegenüber. Ihm ist die dortige Geisteshaltung und die Unbekümmertheit und ungeheure Willensspannung in allen Dingen gleich unheimlich und unverständlich.

Manchenorts würde man am liebsten einen Schleier über dieses russische Geschehen breiten, um nichts davon sehen und hören zu müssen.

Aber es ist nun einmal da, und — und das ist das Entscheidende — auch seine Ausstrahlungen in Europa und in der übrigen Welt sind da. Darum läßt sich die kommunistische Herrschaft in Rußland nicht einfach als eine Angelegenheit behandeln, die einem zwar unsympathisch ist, im letzten Grund aber nichts angeht. Sie geht Europa sehr wohl etwas an.

Für Politiker, Gelehrte, Volkswirtschaftler und Künstler mag der russische Kommunismus und Sowjetstaat eine Fülle von Anregungen bieten und einen belangreichen Untersuchungsgegenstand darstellen. Denjenigen europäischen Kreisen aber, die nach Überlieferung, Abstammung, Bildung und wirtschaftlicher Macht zu ausschlaggebendem Einfluß auf die Führung ihrer Völker berufen sind, kann er einen Spiegel zur Selbsterkenntnis und Selbstprüfung abgeben, wie sonst kaum eine andere Erscheinung der Gegenwart. Ein innerlich gesundes Volk, das auf einer gewissen Stufe geistig-kultureller Entwicklung steht, ist für den Kommunismus unempfindlich. Aber nur ein gesundes. Geistig werden Revolutionen immer von oben, nie von unten gemacht. Ist die führende Schicht eines Volkes zu ihrer Führeraufgabe befähigt und vom Glauben und Willen dazu beseelt, dann hat der Kommunismus keine Aussichten. Anders steht es aber darum, wenn dieser Schicht infolge allgemeiner Verderbtheit, innerer Zersetzung und Schwäche die Führungsfähigkeit verloren gegangen ist.

Und noch eines lehrt uns das sowjetrussische Beispiel: die Änderung bestehender gesellschaftlicher und politischer Zustände auf revolutionärem Wege ist mit solchen ungeheuren Opfern an Menschenleben und materiellen Gütern verbunden, daß nichts unterlassen werden sollte, um einem Volk seine Entwicklung auf evolutionärem Wege sicher zu stellen.

* * *

Die kommunistische Lehre, nach deren Grundsätzen der Sowjetstaat aufgebaut ist, darf als weitgehend bekannt vorausgesetzt werden. Sie bildet ja zur Hauptsache auch die geistige Grundlage der Sozialdemokratie in den europäischen Staaten. Zum Verständnis der besonderen russischen Verhältnisse ist dagegen die Kenntnis und richtige Einschätzung derjenigen Organisation unumgänglich, in deren Hand sich heute in Rußland die Macht befindet, der kommunistischen Partei. Dem Mittel- und Westeuropäer unterläuft da leicht der Fehler, die russische kommunistische Partei mit den sozialdemokratischen Parteien Mittel- und Westeuropas gleich zu setzen. Während es sich bei diesen aber, entsprechend den hier herrschenden demokratisch-parlamentarischen Grundsätzen, wonach die Macht im Staat mit dem Wahlzettel errungen werden kann, um Massenparteien handelt, könnte man die russische kommunistische Partei richtiger als einen Orden bezeichnen. Sie stellt eine von einem Glauben und einer Idee beseelte und nur diesen lebende festorganisierte und innerlich aufs engste zusammengewachsene Menschengruppe dar. Darin liegt ihre Stärke und ihre Gefährlichkeit für Europa. Wäre sie nur eine Ansammlung von Verbrechern, wie man sie etwa hinstellt, dann wäre ihre Unschädlichmachung lediglich eine Frage der Zeit.

Gewiß ist nicht jedes Mitglied der kommunistischen Partei ein Ausbund von Selbstzucht, Ehrenhaftigkeit, Unbestechlichkeit und Opferwilligkeit. Aber es kann nicht geleugnet werden, daß ihr einflußreichster Teil, der alte Stamm, der sich einst um Lenin scharte und beim Oktober-Umsturz ausschlaggebend war, in seinem persönlichen Leben die Ideen des Kommunismus tatsächlich den übrigen Parteimitgliedern vorbildlich vorlebt. Auch muß noch heute jedes Parteimitglied alle seine Einnahmen, die 300 Rubel im Monat — das sind etwa 700 Schweizerfranken — übersteigen, an die Parteikasse abführen. Diese Bestimmung wird streng innegehalten.

Eine andere Frage ist es, wie lange dieser alte Stamm noch den Charakter der kommunistischen Partei bestimmen wird. Lenin, ihr Schöpfer und Führer und der einzige, der lange Jahre mit untrüglichen Instinkt und eisernem Willen den Genossen den Weg wies, ist längst tot. Eine Reihe von Mitgliedern vom alten Stamm, Djerzhinski, Frunse u. a. sind ihm im Tode gefolgt. Wieder andere, wie Trotsky, Zinowjew, Kamenev, hat man wegen innerer Meinungsverschiedenheiten kaltgestellt. Alle jene Männer, sofern sie sich noch am Leben befinden, sind in den fünfziger Jahren. Alle haben ein schweres Leben hinter sich mit Entbehrungen, Hunger, Gefängnis, immerwährender Nervenanspannung und seelischen und körperlichen Erschütterungen jeglicher Art. Seit elf Jahren ruht eine ungeheure Arbeitslast auf ihren Schultern. All das hat zur Folge, daß sie in wenigen Jahren verbraucht aus den Reihen der kommunistischen Partei ausscheiden werden.

Wer wird ihre Nachfolge übernehmen? Davon hängt in ganz wesentlichem Maße das künftige Schicksal der kommunistischen Partei und damit des Sowjetstaates überhaupt ab. Das jüngere Geschlecht wird weder diesen Haß gegen alles Bürgerliche noch den entschlossenen Willen zur Weltrevolution mehr in sich fühlen, wie das ältere. Auch geht es nicht aus einem so unerbittlichen Auslesevorgang hervor, wie die alten Führer. Es wird in die Macht hinein geboren. Und die Macht bietet viel Gefahren, gerade wenn zwischen der eigenen Zielsetzung und den wesentlichsten Trieben im Menschen ein so großer Gegensatz besteht.

Einige Zahlen mögen die Umschichtung in der kommunistischen Partei verdeutlichen. Als Lenin nach der Revolution im Oktober 1917 seine staatsmännische Tätigkeit begann, zählte die kommunistische Partei keine 3000 Mitglieder. Bei ihrem ersten Auftreten war der breiteren Öffentlichkeit kaum etwas von ihren Plänen, ihrer Geschichte und ihrem Aufbau bekannt. Heute umfaßt sie über eine Million Mitglieder. Schon daraus ersieht man, wie klein der alte Stamm sein muß. Ein Teil des Zuwachses ist allerdings während der Jahre des Bürgerkrieges auch durch Kampf und Entbehrungen gegangen und kann daher als vollwertiger Ersatz gelten.

Über die Entwicklung der kommunistischen Jugend zuverlässigen Aufschluß zu erhalten, ist äußerst schwierig. Die Nachrichten der russischen Emigranten über weitgehende Verderbtheitsercheinungen in ihren Reihen dürften zum Teil sicher übertrieben sein. Andererseits kann man bestimmt annehmen, daß ihr die sittliche Kraft der älteren Generation, ihr Leben

ausschließlich der kommunistischen Idee zu widmen, fehlen wird. Vor allem hört man, daß die kommunistische Lehre, in der sie natürlich streng erzogen wird, für sie eben mehr nur Theorie, eine scholastische Lehre bedeutet, und weniger mehr etwas, in dem sie mit ihrem Gefühl und ihrem Willen restlos aufgeht. Ein erschöpfendes Urteil läßt sich indessen in solch geistig-seelischen Dingen schwer gewinnen. Das innere Verhältnis des jüngeren Geschlechts zur kommunistischen Idee ist eben bisher nicht auf die Probe gestellt worden. Nur so viel steht mit Sicherheit fest, daß von der Entwicklung des kommunistischen Nachwuchses die Zukunft der kommunistischen Partei und von deren Zukunft wiederum die Zukunft des Sowjetstaates abhängen wird.

* * *

Wie oben angedeutet, bietet diese und jene in Sowjetrußland eingeführte Neuerung Anlaß zum Nachdenken und zur kritischen Überprüfung unserer europäischen Zustände. Das gilt insbesondere bei der Art, wie die Sowjetunion die Nationalitätenfrage gelöst hat. Angesichts dieser Lösung kann man auf recht feyerliche Gedanken über den Willen und die Fähigkeit der europäischen Staatenwelt zur Bewältigung dieses brennenden Problems kommen.

Die kommunistische Partei ließ sich von den ersten Tagen ihrer Herrschaft an von der Erkenntnis leiten, daß heute der soziale und der nationale Kampf die hauptsächlichsten Triebkräfte im Völker- und Staatsleben darstellen. In den letzten Jahrzehnten vor dem Umsturz hatte der großrussische orthodoxe Staat mit allen Mitteln seines Zentralismus den ihn bewohnenden Völkern Orthodoxie und Großrussentum aufgebrängt. Vor der europäischen Öffentlichkeit wurde Rußland als national einheitlicher Staat hingestellt. „Ein Volk, ein Zar, ein Glaube“ lautete der Wahlspruch der zaristischen Herrschaft. Auf jeden Fall war in Europa die Tatsache wenig bekannt, daß die Großrussen nicht einmal die Hälfte der Bevölkerung des russischen Reiches ausmachten. Auch heute, nachdem sich im Gefolge des Umsturzes aus einem beträchtlichen Teil des alten Rußland selbständige Staaten entwickelt haben, bildet das Großrussentum noch kaum 60 v. H. der Gesamtbevölkerung der Sowjetunion.

Um den sozialen Kampf ausfechten zu können, mußte die kommunistische Partei natürlich alle anderen Gegensätze und Spannungen auszugleichen und zu mildern suchen. Dazu gehörten in erster Linie auch die nationalen Gegensätze. Zu ihrer Ausschaltung und um bei den unterdrückten Völkern in fremdnationalen Staaten ein wirkungsvolles Werbemittel in die Hand zu bekommen, stellte sie ein außerordentlich großzügiges und weitgehendes Nationalitätenprogramm auf. Darnach wurde das ganze Gebiet der Sowjetunion entsprechend den vollkönnen Grenzen der sie bewohnenden Völker in eine Reihe von Staaten aufgeteilt. Daher auch der Name „Union der Sowjetrepubliken“. Die Formen staatlichen Daseins, die gewählt wurden, waren dabei recht verschiedene. Neben den auf Grund der Verfassung im Aufbau gleichen

fünf Sowjetrepubliken, wie Großrußland, die Ukraine, die kaukasische Republik u. s. w., die die eigentliche Union bilden, wurde eine Reihe von Selbstverwaltungskörpern halb eigenstaatlichen Charakters bis herab zum bloß autonomen Gebiet geschaffen. Bestimmend für diese staatliche Neuorganisation war aber überall und ausschließlich der nationale Gesichtspunkt. Und was besonders betont werden muß, diese Neuordnung steht nicht nur auf dem Papier, sie ist auch tatsächlich durchgeführt worden: alle Völker der Sowjetunion werden heute in ihrer eigenen Sprache, und im großen ganzen auch von Angehörigen ihres Volkes verwaltet, gerichtet und unterrichtet. Die treibende Kraft bei diesem staatlichen Neubau war Stalin, der jetzige Führer der kommunistischen Partei. Er hat die theoretischen und organisatorischen Grundlagen dafür geschaffen.

Schließlich ist man noch weiter gegangen und hat das Eigenleben kulturell zurückgebliebener Völker mit allen Mitteln zu fördern versucht, wobei im ersten Übereifer für gewisse Nomadenvölker Sibiriens künstliche Alphabete geschaffen und in Gebieten Zeitungen gegründet wurden, wo die Bevölkerung überhaupt gar nicht lesen, geschweige denn eine Zeitung unterhalten kann.

So viel ist aber sicher, daß durch die neue staatliche Gliederung eine grundlegende Veränderung im Verhältnis der einzelnen Völker der Sowjetunion zueinander stattgefunden hat. Der Grundsatz der Selbstverwaltung findet allgemeine Anwendung und dürfte auch bei einer allfälligen Änderung der jetzigen Herrschaft nicht mehr verschwinden.

Daß man von all dem in der europäischen Öffentlichkeit so gut wie nichts weiß, dürfte seinen Grund darin haben, daß deren Aufmerksamkeit eben in erster Linie auf den sozialen Lösungsversuch des Kommunismus gerichtet ist. Um so größer wäre zweifellos ihr Erstaunen, bei einem Sturz der kommunistischen Gesellschaftsform an Stelle des alten, in der europäischen Vorstellung als einheitliches Großrußland und auf der Landkarte entsprechend als einfarbige Fläche bestehenden russischen Reiches einen Staatenbund national organisierter Staaten zu finden.

Eines darf man natürlich dabei nicht vergessen, daß auch in diesen auf nationaler Grundlage errichteten Staaten die kommunistische Partei herrscht und daß die betreffenden nationalen Intelligenzschichten, sofern es solche überhaupt in Sowjetrußland noch gibt, in keiner Weise an Regierung und Verwaltung beteiligt sind.

Trotzdem muß aber mit allem Nachdruck auf die Art der Lösung der Nationalitätenfrage in Sowjetrußland hingewiesen werden. Diese spielt in der Werbetätigkeit des Kommunismus eine nicht unbeträchtliche Rolle. In Europa siedeln heute über 40 Millionen Menschen nationaler Minderheiten in fremdnationalen Staaten. Wenn wir deren Kampf um ihre Selbstverwaltung, ihr Recht und ihr Dasein verfolgen, können wir immer wieder feststellen, daß versucht wird, eine Zusammenarbeit zwischen den sich gegen ihre Unterdrücker auflehrenden Minderheiten und der russischen kommunistischen Partei herzustellen. Mehrmals ist auch schon bei Wahlen, wie z. B. in Karpathorußland und in der Tschechoslowakei,

Stimmabgabe der Minderheiten zugunsten der dortigen Kommunisten erfolgt. Sollten angesichts dieser Tatsache nicht auch diejenigen europäischen Staaten zu einer befriedigenden Lösung der Nationalitätenfrage Hand bieten, die das bisher nicht getan haben?

* * *

Die innere Lage in der Sowjetunion wird augenblicklich durch eine Frage beherrscht, die nicht nur zu einer neuen Krisis in der kommunistischen Partei Anstoß gegeben hat, sondern die auch für die künftige Entwicklung der Verhältnisse in Rußland bestimmend sein wird: die Frage der Agrarpolitik des Sowjetstaates.

Bekanntlich ist in Rußland heute die Großindustrie mit wenigen Ausnahmen, die Kleinindustrie zum Hauptteil, das Verkehrsweisen ganz und der Verteilungsapparat zur Hauptsache verstaatlicht. Rußland ist aber ein nur wenig industrialisiertes Land, den entscheidenden Teil der Volkswirtschaft bildet die Landwirtschaft. Darum hat die kommunistische Partei in von Jahr zu Jahr steigendem Maße der Agrarpolitik ihre Aufmerksamkeit zugewandt.

Nach dem Sieg im Oktober 1917 galt es in erster Linie, den Bürgerkrieg durchzukämpfen und die Vergesellschaftung der Industrie und der Verkehrsmittel durchzuführen. Das konnte aber alles nur dank der Unterstützung der Bauernschaft geschehen. Und diese Unterstützung wiederum konnte nur durch die Opferung des Großgrundbesitzes und des großen Landeigentums des Staates gewonnen werden. Die im Gefolge der Revolution eintretende Zerstückelung der Güter widerspricht natürlich an sich den Grundsätzen der kommunistischen Lehre, die ja die Zusammenfassung des Produktionsvorganges in möglichst wenigen großen Produktionsmittelpunkten vorsieht. Die bäuerliche Einzelwirtschaft paßt da nicht in den verstaatlichten Produktionsvorgang hinein.

Aus dem angeführten Grunde mischten sich die Sowjets aber anfangs wenig in die von der Bauernschaft selbst auf chaotische Art versuchte Lösung der Agrarfrage ein. Ihr einziger, allerdings sehr schwerwiegender Eingriff war der Zwang für die Bauern, ihre ganze Getreideerzeugung an den Staat abzuliefern. Mit der Einführung der neuen Wirtschaftspolitik mußte auch da noch abgebaut und der Bauernschaft eine Reihe von Zugeständnissen gemacht werden, so z. B. die Wiederzulassung der Pacht und der Anstellung bezahlter Arbeitskräfte.

Die Revolution von 1917 führte im russischen Dorf zur Verteilung auch des gesamten Bauernlandes, wodurch die bäuerliche Einzelwirtschaft schwer geschädigt wurde. Vom Jahre 1921 an machten sich dann aber die Folgen der Stolypin'schen Agrarreform segensreich bemerkbar, die darauf abzielte, den bisher im Gemeindebesitz gebundenen russischen Bauern zum Hofbesitzer mit eigenem Grund und Boden zu machen. Wirtschaftlich starke Bauern erwarben sich weiteres Land zu ihrem bereits besessenen hinzu und begannen sich als neue Schicht von den andern abzuheben. Ein seßhafter und wirtschaftlich starker Bauernstand schien im Entstehen begriffen.

Die Bauern waren aber der einzige Bevölkerungsteil, der den Eingriffen der kommunistischen Partei, wenn auch nur auf passive Art, Widerstand entgegensetzte. Auch war im Fall äußerer Verwicklungen oder innerer Krisen kein Verlaß auf sie. Im Jahre 1921, besonders beim Kronstädter Aufstand zeigte sich, daß die Bauernschaft, nachdem der Großgrundbesitz aufgeteilt war, dem Kommunismus gegenüber eine ablehnende Haltung einzunehmen begann.

Im vergangenen Jahr hat die kommunistische Partei nun die Folgerungen aus diesem Zustand gezogen. Sie faßte eine Reihe von Maßnahmen zur Einleitung einer neuen Agrarpolitik ins Auge. Heute lassen sich deren Richtlinien und Gesichtspunkte deutlich erkennen. Sie zielt auf nichts weniger als eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit der Bauernschaft ab, d. h. auf die Ausdehnung des Grundgesetzes der Vergesellschaftlichung auch auf die Landwirtschaft. Der Bauer soll durch allerhand Druckmittel gezwungen werden, seine Scholle zu verlassen und als proletarisiertem Landarbeiter auf staatlichen Großwirtschaften sich in den Rahmen des kommunistischen Staates und seiner Wirtschaft einzupassen.

Da heute in Sowjetrußland kein Großgrundbesitz mehr besteht, handelt es sich hier um einen reichlich kühnen Plan. Mit der Landaufteilung hatte das russische Bauerntum zur Genüge seine Abneigung gegen diese Art der Landnutzung gezeigt, der Gedanke des Gemeindebesitzes war erloschen, die strebsamsten und tüchtigsten Elemente der Bauernschaft strebten nach persönlichem Eigenbesitz. Und nun soll diese im Gang befindliche Entwicklung wieder zurückgedreht, der Bauer von seinem Eigen vertrieben und zum bloßen Landarbeiter gemacht werden.

Zur Erreichung dieses Zieles bedient sich die Sowjetverwaltung verschiedener Mittel. Einmal fördert sie seit geraumer Zeit durch Kreditgewährung, Überlassung landwirtschaftlicher Maschinen u. s. w. die sogenannten bäuerlichen Gemeinwirtschaften, in denen eine Anzahl von Bauern ihr Land gemeinsam bewirtschaften. Gerade durch die Kreditgewährung sollen diese in immer engere Abhängigkeit vom Staate kommen und ihre Mitglieder schließlich nach festen Sätzen entlohnt werden. Nebenher geht eine erbarmungslose Unterdrückung des Eigenbesitzes. Dem wohlhabenderen Bauer wird die Landpacht und die Benutzung bezahlter Arbeitskräfte kurzerhand verboten. Das hat einmal zur Folge, daß dieser selbst das Interesse an einer Mehrung und wirtschaftlichen Stärkung seines Besitzes verliert, und ferner, daß der arme Bauer, weil er sein Land nicht mehr verpachten und keine Arbeit außerhalb desselben mehr leisten kann, auf andere Einrichtungen angewiesen wird. Schließlich hat der einzelwirtschaftende Bauer auch eine etwa zehnmal höhere Steuer zu bezahlen wie der kollektivwirtschaftende.

Ein weiteres Mittel haben sich die Sowjets in der Agrargemeinde geschaffen, der zwangsmäßig alle landwirtschaftlichen Betriebe eines bestimmten Bezirkes angehören. Jede Agrargemeinde besitzt das Recht, mit einfacher Mehrheit zu beschließen, daß alles innerhalb ihrer Grenzen liegende Land auf gemeinsamer Grundlage zu bewirtschaften sei. Jeder

Einzelbauer der betreffenden Gemeinde muß sich diesem Beschluß unterziehen. Durch den Druck der Sowjetbeamten und die Aussicht auf Anteil an den Erträgen der besseren Betriebe und reicheren Bauern lassen sich die ärmeren Leute, die in einer solchen Gemeinde natürlich meist in der Mehrheit sind, leicht zu einem derartigen Beschluß bestimmen.

Endlich fördert der im letzten Jahr beschleunigte Wiederaufbau der Sowjetgüter den Vorgang der Vergemeinschaftung. Diese Sowjetgüter sind Eigentum des Staates und werden von diesem in jeder Weise durch Kreditgewährung, Steuererleichterung und Unterstützung mit Maschinen bevorzugt. Sie stellen den umliegenden Bauern ihre Maschinen, ihr Saatgut, ihre ganzen Methoden zur Verfügung und erhalten dafür von diesen, die nur bei der Ernte mit Hand anlegen müssen, ein Drittel ihrer Ernte. Von den zwei den Bauern verbleibenden Dritteln geht ein guter Teil noch durch Wegsteuerung ab. So kommt es, daß, wie man schon mehrfach feststellen konnte, dieser und jener Bauer seinem unsichern Dasein als selbständiger, aber doch vom Sowjetgut abhängiger Bauer dasjenige des mehr oder weniger gesicherten landwirtschaftlichen Arbeiters auf dem staatlichen Betrieb vorzieht. Besonders die Ukraine weist im vergangenen Jahr weitgehende Versuche dieser Art auf.

Kampflos läßt sich das Bauerntum aber doch nicht proletarisieren. Sein Widerstand ist allerdings nicht aktiver Art, etwa durch Revolution oder planmäßige politische Opposition. Wie schon einmal im letzten Jahrzehnt scheint auch diesmal der Lieferstreik das Mittel zu sein, dessen es sich bedient. Und dieses Mittel ist deswegen so wirksam, weil der Sowjetstaat auf die Ernährung der Städte durch die Bauern und auf den Getreideverkauf ins Ausland zur Ausgleichung seiner Handelsbilanz angewiesen ist.

Allem Anschein nach haben Produktionseinschränkung und Lieferstreik schon stark eingesezt, wie nachstehende Zahlen über die von den Wirtschaftsorganisationen des Sowjetstaates für den Bedarf im Land und zur Ausfuhr in den beiden letzten Wirtschaftsjahren erfaßten Getreidemengen zeigen. Im Wirtschaftsjahr 1927/28 (das Wirtschaftsjahr wird in Sowjetrußland vom Oktober bis zum nächsten September gerechnet) wurden erfaßt:

im Juli	280,280 Tonnen
im August	990,607 „

Im Wirtschaftsjahr 1928/29 dagegen:

im Juli	86,972 Tonnen
im August	507,824 „

Wir wissen nicht, wie dieser gewaltige Kampf um die Sozialisierung der Landwirtschaft ausgehen wird. Daß die kommunistische Partei ihn aufgenommen hat, beweist aber zweierlei: Einmal, daß von einer Änderung der Wirtschaftspolitik des russischen Kommunismus reden zu wollen, unbegründet ist; und zweitens, daß dieser noch genügend Kraft in sich fühlt, um diesen Kampf aufzunehmen und durchzuführen. Die Entscheidung wird dabei nicht in Stunden, Tagen oder Monaten fallen,

handelt es sich doch um einen Kleinkrieg an Millionen gleichzeitiger Kampffronten.

So viel ist aber sicher, daß der Ausgang dieses Kampfes für das künftige Schicksal der kommunistischen Partei entscheidend sein wird. Siegt sie hier — was auf die Dauer kaum anzunehmen ist —, dann wäre der Kreis ihrer Unternehmungen geschlossen und ihre Herrschaft endgültig gefestigt. Erleidet sie aber eine Niederlage, dann wird sich das in ihren eigenen Reihen und im Glauben an die kommunistische Lehre auswirken.

Frankreich und die finanzielle Liquidation des Krieges.

Von A. Büß, Paris.

1. Die Sachverständigen.

In dem offiziellen Abendblatt „L'Intransigeant“ vom 14. Dezember steht mit der Unterschrift des Direktors Léon Bailby zu lesen: „Wir sind nicht die Fordernden. Wir treten in die Periode der fruchtbaren Damesjahre ein. Wir halten eine doppelte Garantie in Händen: den Rhein als politische, den Zahlungsplan als finanzielle Sicherung. Was belästigt man uns also mit all den Diskussionen und Reklamationen, die für uns weder Sinn noch Gewinn haben?“

Wenn Herr Poincaré seinem Herzen Luft machte, würde er nicht anders sprechen. Frankreich hat gegenwärtig nur den einen Wunsch: „Ach wenn es doch immer so bliebl!“ Aber es gibt gewisse Forderungen, denen gegenüber man einfach nicht den tauben Mann spielen kann; zumal wenn sie von amerikanischer Seite ausgehen. Gar zu gerne möchte Frankreich den Dawesplan, der als ein Experiment und ein Notbehelf in schweren Zeiten gedacht war, zu einem endgültigen Zahlungssystem gestalten. Seltsamerweise steht ihm hier ein Beschluß der Reparationskommission im Wege, der als eine Geißel für Deutschland gedacht war, und der jetzt seine scharfen Riemen gegen den zurückwendet, der sie schwang: die Festsetzung der deutschen Schuld auf 50 Milliarden Mark in Bonds A und B, dazu 82 Milliarden in Bonds C. Dieser „Plan“ besteht heute noch zu Recht; vor dessen offenkundigem Unfinn jedoch schreckt selbst ein Poincaré zurück, und es macht sich bei ihm die Furcht geltend: Deutschland möchte eines Tages, gestützt auf die Unmöglichkeit, den Zins- und Tilgungsforderungen des Londoner Diktates zu genügen, eine Art finanzielles Ultimatum stellen, und dafür den psychologischen Augenblick wählen, wo die allgemeine Reparations- und Schuldenmüdigkeit ihren Höchstgrad erreicht hat. Frankreichs Bestreben geht heute dahin, das „politische Gespenst“ zu bannen, dem Schuldenproblem ein anderes Gesicht zu geben; es befindet sich so ungefähr in der Lage des Spielers, der sein Guthaben auf rechtlichem